

Bauprojekten von Asfinag und Bahn droht Kürzung

Finanzministerium plant Schuldenbremse Verbindlichkeiten gefährden Budgetpläne

Wien – Das Finanzministerium erwägt, bei den ausufernden Schulden von ÖBB und Asfinag die Notbremse zu ziehen. Insbesondere die Haftungen für die steigenden Verbindlichkeiten der beiden Unternehmen bereiten den Finanzern Kopfschmerzen: Zusammen genommen betragen diese bereits zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dies gefährde das Stabilitätsprogramm 2013 zur Sanierung der öffentlichen Haushalte, heißt es im Finanzministerium.

Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka (ÖVP) stellt deshalb einen Gesetzesentwurf für öffentliche Haftungsobergrenzen für Asfinag und ÖBB in Aussicht. Dafür müssten die jährlichen Ausgaben beim Straßenbau von 1,68 Milliarden Euro auf unter eine Milliarde

zurückgefahren werden. Bei der Bahn fehlt für eine ähnliche Kürzung die Zustimmung des Verkehrsministeriums. Das Bahnhof- und Streckenausbauprogramm sei abzuarbeiten, heißt es dort.

Eine gesündere Verschuldungsstruktur bei Asfinag und ÖBB ist nicht einfach zu erreichen, vor allem weil in der Krise die Einnahmen in beiden Unternehmen gesunken sind. Bei den ÖBB machen die Zinsen mittlerweile 420 Millionen Euro aus; bei der Asfinag wird der Zinsendienst auf 440 Millionen Euro im Jahr geschätzt.

Dennoch hält es das ÖBB-Management laut Lopatka für möglich, dass „Schulden künftig aus Erträgen beglichen werden“ könnten. (red)

Seite 9